

Alte und neue Konfliktlinien im Kapitalismus: Was kann, was soll Sozialwissenschaft leisten?¹

JÜRGEN KOCKA

Wer sich sozialwissenschaftlich mit Kapitalismus beschäftigt, tut gut daran, zu sagen, was gemeint ist. Denn der Begriff wird zwar wieder zunehmend benutzt, aber er schwimmt. Manch steile These, manche Kontroverse resultiert nur daraus, dass man aneinander vorbeiredet.

Erstens verfügen die wirtschaftlichen Akteure im Kapitalismus über Eigentumsrechte, die es ihnen erlauben, relativ autonom und dezentral die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen zu treffen. *Zweitens* sind Märkte als wichtigste Mechanismen der Allokation und Koordination zentral, damit aber auch Wettbewerb und Preise. Warenförmigkeit ist für Kapitalismus typisch, einschließlich der Kommodifizierung der Arbeit und des damit verbundenen asymmetrischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. *Drittens* ist Kapital essentiell, d. h. die Verwendung von Ressourcen zur Investition in der Gegenwart in Erwartung größerer Vorteile in der Zukunft. Dies impliziert die Gewährung und Verwendung von Kredit, den Umgang mit Unsicherheit und Risiko, die Orientierung an Profit und Akkumulation. Wachstum und Expansion sind teils Ziele, teils Folgen.

Das ist eine Definition, die wirtschaftliche, besser: sozialökonomische Kriterien betont. Aber es ist klar, dass Kapitalismus ganz wesentlich von sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen abhängt, die er nicht selber hervorbringt; wie er umgekehrt tief greifende soziale, politische kulturelle Folgen zeitigt, die allerdings historisch ungemein variieren. Um einige davon soll es heute gehen.

Kapitalismus ist alt. Als Kaufmanns-, Finanz-, Agrar- und Plantagenkapitalismus existierte er in verschiedenen Teilen der Welt seit Jahrhunderten, also lange vor der Industrialisierung. Aber ich will Ihnen nicht zu viel Geschichte zumuten, sondern nur ein wenig davon, mit Konzentration auf die Zeit, in der es den Begriff des Kapitalismus gibt.

Während die Begriffe „Kapital“ und „Kapitalist“ schon länger in Gebrauch waren, setzte sich das Substantiv „Kapitalismus“ im Französischen, Deutschen und Englischen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch, mit sozialkritischer Stoßrichtung. Louis Blanc kritisierte 1850 den Kapitalismus als „Aneignung des Kapitals durch die Einen, unter Ausschaltung der Anderen“. Der deutsche Sozialist

Wilhelm Liebknecht wettete 1872 auf den „Moloch des Kapitalismus“, der auf den „Schlachtfeldern der Industrie“ sein Unwesen treibe. Der Engländer John A. Hobson betonte und kritisierte seit den 1890er Jahren den Zusammenhang zwischen Industriekapitalismus, Imperialismus und Kriegsgefahr. Wie diese Beispiele zeigen, entstand der Begriff „Kapitalismus“ aus dem Geist der Kritik, als polemischer Begriff, der jedoch bald über seinen kritischen Gebrauch hinausreichte und zugleich zu einem analytischen Begriff der Sozialwissenschaften wurde, so bei Werner Sombart, Max Weber und – in marxistischer Tradition – Rudolf Hilferding, um nur einige deutsche Autoren zu nennen. Doch hat der Begriff seine kritische Dimension bis heute nicht ganz verloren.²

Kapitalismus als schöpferische Zerstörung

Er entstand unter dem Eindruck des Industriekapitalismus, der sich seit dem 18. Jahrhundert ausbreitete, zuerst in Europa und Nordamerika, später weltweit. Das war der Kapitalismus der „großen Industrie“, der Kapitalismus der Fabriken, Eisenbahnen und Dampfschiffe, der neuen Technologien und der abhängigen Lohnarbeit als Massenphänomen, der großen Kapitalien und zunehmender Vermögensunterschiede. Als seinen Kern analysierte Schumpeter später „schöpferische Zerstörung“, d. h. die permanente Hervorbringung von Neuem und die ständige Entwertung, auch Verdrängung von Altem.³ Das brachte neue Chancen und Gewinner hervor, ►

1 Dieser Beitrag dokumentiert den gleichnamigen Vortrag des Autors anlässlich des Festaktes „70 Jahre WSI“ im Rahmen des WSI-Herbstforums zum Thema „Gesellschaft im Umbruch“ am 23./24.11.2016 in Berlin.

2 Nachweise des Begriffsgebrauchs in Kocka, J. (2014): Geschichte des Kapitalismus, 2. Aufl., München, S. 6–9; genauer in: Ders. (2015): Capitalism: the history of the concept, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Bd. 3, Amsterdam, S. 105–110.

3 Schumpeter, J. (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 8. Aufl., Tübingen, (hier: S. 136f.).

aber auch die massenhafte Erfahrung des Verlusts und viele Verlierer. Auch durch seine tiefen Krisen entstanden dem Kapitalismus viele Feinde. Er war anti-traditional, höhnte überkommene Lebenswelten rücksichtslos aus. Er zog harte Kritik auf sich, auch wenn er zugleich die Produktivität immens steigerte, ökonomisches Wachstum beschleunigte und den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte vergrößerte, sodass er auch die uralte Armut der kleinen Leute zu überwinden begann, in Deutschland seit den 1860er Jahren.

Das Konfliktpotenzial der damit konfrontierten, dadurch veränderten Gesellschaften wuchs, auch weil Hand in Hand mit der Durchsetzung des Industriekapitalismus die Ansprüche wuchsen und ihre Artikulierbarkeit zunahm – als Folge der Beobachtung des rasanten Wandels und damit der Wandelbarkeit menschlicher Verhältnisse, als Folge der Zunahme allgemeiner Bildung, der Intensivierung von Verkehr und Kommunikation und der Mobilisierung früher stillschweigenden Bevölkerungsgruppen, die nun, im Zuge sich allmählich, bald rasch durchsetzender Demokratisierung, eine Stimme gewannen und Ungeduld zeigten.

Arbeit und Kapital

Unterschiedliche *Konfliktlinien* prägten sich aus, so *einmal* die zwischen Stadt und Land, den von der Industrialisierung profitierenden Städten und dem zurückbleibenden Land, so sehr auch diese Konfliktlinie durch die rasante Land-Stadt-Wanderung partiell entschärft wurde. *Zum anderen* die Konfliktlinie zwischen den aktiven Beförderern und Nutznießern des sich durchsetzenden Kapitalismus in der Bourgeoisie einerseits, dem weniger profitierenden, zum Teil antikapitalistisch gestimmten bürgerlich-kleinbürgerlichen Mittelstand andererseits. Doch es gelang immer wieder, diese Front zu überbrücken, nicht zuletzt in der gemeinsamen Abwehr der proletarischen Herausforderung. Diese *dritte* Konfliktlinie, die zwischen Arbeit und Kapital, zwischen sich herausbildender Arbeiterklasse und partiell zusammenschließender Bourgeoisie wurde bald dominant und ließ die europäischen Gesellschaften – die im Westen mehr als im Osten – in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts tendenziell zu Klassengesellschaften werden.

Die Klassenlinie, man kann es im Einzelnen zeigen, prägte zunehmend (nie ausschließlich) die Lebenserfahrung der vielen, den Zugang zu Lebenschancen und -risiken, das Alltagsleben, das Bildungswesen und Elemente der Kultur, die kollektiven Proteste, Bewegungen und Interessenkämpfe, vor allem auch die Politik, als diese sich schrittweise über Wahlrecht und Wahlen, 1917–19 aber auch revolutionär demokratisierte – bis in der Zwischenkriegszeit Nationalismus und totalitäre Herrschaft die klassengesellschaftliche Struktur konterkarierten und schließlich sozialstaatliche Ausgleichsmechanismen stark genug wurden, um gegenzuhalten und gegenzuwirken, dies vor allem in den Jahrzehnten nach 1945.

Die letzten Jahrzehnte des 19. und die ersten des 20. Jahrhunderts: das war jedenfalls in Europa die große Zeit der Arbeiterbewegungen, vor allem der sozialdemokratischen und christlichen, dann auch der kommunistischen. Systematisch gesprochen, entstanden die Arbeiterbewegungen *zum einen* aus den Versuchen, sich gegen die Unsicherheiten zu schützen, die mit der Durchsetzung der kapitalistischen Märkte zunahmen. Man denke an Unterstützungskassen, „friendly societies“, Genossenschaften, Gewerkschaften. *Zum anderen* resultierten die Arbeiterbewegungen aus den Verteilungs- und Herrschaftskonflikten, die dem Kapital-Arbeits-Verhältnis innewohnten; das zeigte sich an vielen spontanen und organisierten Protesten, an Arbeitskämpfen, aber zunehmend auch im Medium der Politik, spätestens mit der Entstehung selbstständiger Arbeiterparteien seit den 1860er Jahren. *Schließlich* gewannen Arbeiterbewegungen ihre Energie aus der Verteidigung überkommener nicht-kapitalistischer Arbeits- und Lebensformen gegen den sich breit machenden Kapitalismus, etwa in der Verteidigung von Grundsätzen einer volkstümlichen Kultur der „moral economy“ gegen die kapitalistische Logik von Individualisierung, Wettbewerb und Wachstum.

Die Arbeiterbewegungen waren – mit gewerblichen Arbeitern, später Industriearbeitern als hauptsächlicher Trägergruppe – Produkte des Industriekapitalismus, doch drängten sie auf dessen Veränderung oder Überwindung, zugleich auf Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse durch Reform oder Revolution, in Spannung und Konflikt mit der Kapitaleite, mit der sich ebenfalls organisierenden Bourgeoisie und meist auch mit der staatlichen Macht, deren Struktur und Rolle in diesem Konflikt jedoch beeinflusst und verändert werden konnten und tatsächlich stark variierten. Dies war *die* dominante Konfliktlinie in den industriekapitalistischen Klassengesellschaften, jedenfalls Europas, in den letzten Jahrzehnten des 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, mit großen Unterschieden von Land zu Land.

Diffusion des Klassenkonflikts

Davon wirkt vieles weiter, bis heute. Die marktbedingten Unsicherheiten sind heute nicht geringer, eher stärker ausgeprägt als vor 100 Jahren, soweit sie nicht durch solidarische Selbstorganisation oder sozialstaatlich abgedeckt werden. Kapitalismusspezifische Herrschafts- und Verteilungskonflikte sind ubiquitär, sie zeigen sich in Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern um die Verteilung von Entscheidungsmacht, erwirtschafteten Ergebnissen und sozialen Chancen auf den verschiedensten Ebenen – im Betrieb, in Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfen, in der kleinen und großen Politik. Auch die Verteidigung nicht vom Kapitalismus geprägter Lebensbereiche gegen kapitalistische „Landnahme“ spielt weiterhin eine große Rolle, etwa als Verteidigung oder Einforderung gerechter und menschenwürdiger Arbeit gegen ihre Routinisierung, Degradierung, Instrumentalisierung und volle Kommodifizierung auf den

Märkten. Diese Frontstellung hat sogar, im Langzeitvergleich, an Schärfe gewonnen, in dem Maß, in dem kapitalistische Logiken sich über den ökonomischen Bereich hinaus in andere Lebensbereiche – etwa Bildung, Unterhaltung oder Intimität – hineindrängen.

Klassengesellschaftliche Elemente sind also keineswegs ganz verschwunden. Dies ist ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Bodens, in dem Gewerkschaften wurzeln.

Doch haben die Arbeiterbewegungen in unserem Teil der Welt längst ihre revolutionäre oder radikal-reformerische Vergangenheit hinter sich gelassen. Sie sind vielfältig in das System integriert, in Systeme, in denen seit den 1950er Jahren immer eindeutiger ein sozialstaatlich eingefasster Kapitalismus und die repräsentative Mehrparteiendemokratie zu verträglicher Koexistenz gefunden haben. Der Sozialstaat, zu dessen Aufstieg die Arbeiterbewegungen entscheidend beigetragen haben, der immense Zuwachs an Lebensstandard und Lebensqualität in so gut wie allen Schichten (freilich ungleich verteilt), der relative Bedeutungsrückgang der Industrie und damit der klassischen Industriearbeiterschaft, vor allem aber auch die Entstehung (oder doch die Bewusstwerdung) neuer nicht-klassengesellschaftlicher Problemlagen – die Gender-Ungleichheit, die drohende Klimakatastrophe, die Auseinandersetzung mit Terror und Krieg als Beispiele –, all dies und anderes mehr hat dazu geführt, dass die klassische Klassenlinie als Ort gesellschaftsstrukturierender Spannungen und Konflikte erheblich an Schärfe verloren hat; dass Prozesse der Klassen-Bildung in Prozesse der Klassen-Entbildung übergegangen sind und damit auch der ehemals dichte Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien *einerseits*, Arbeiterschaft und Arbeitermilieus *andererseits* stark abgeschwächt, ja teilweise zerstört ist. Nicht dass Spannungen, Konflikte, Widersprüche verschwunden wären. Doch es sind tragfähige Konfliktlösungsmechanismen entwickelt worden. Und das relativ klare Gegenüber von Proletariat und Bourgeoisie hat sich in eine Vielzahl von Spannungs- und Kooperationsbeziehungen verwandelt.

Wie Oskar Lafontaine neulich klagte:⁴ Früher habe es geheißen: „Wir gegen die“ – „Wir, das waren die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften und traditionellen Arbeiterparteien. Sie, das waren die Konzerne, die Arbeitgeber und die konservativen Parteien.“ Das sei vorbei, und dafür gibt Lafontaine der SPD die Schuld. Das ist linkspopulistisch simplifiziert. Er hofft, seiner Partei werde es gelingen, die frühere dichotomische Klarheit wieder herzustellen. Das ist illusionär und unterschätzt überdies die bösen Seiten der alten Verhältnisse. Aber dass eine kräftige Perforierung, Zerfaserung, Verwischung der einstmaligen so zentralen klassengesellschaftlichen Konfliktlinie stattgefunden hat, ist unbestreitbar.

Globalisierung und Ungleichheit

Dazu haben innere Veränderungen des Kapitalismus erheblich beigetragen, ich deutete es an. Und innere Veränderun-

gen des Kapitalismus – der rasante Aufstieg des Finanzkapitalismus seit den 1970er Jahren; verbreitete Deregulierung und Marktradikalisierung; Einschränkungen des Sozialstaats in einigen Ländern, vor allem im anglo-amerikanischen Bereich; vor allem aber die beschleunigte Globalisierung wichtiger Teile des Kapitalismus – solche Veränderungen der jüngsten Zeit haben neue Problemlagen entstehen lassen. Als bei Weitem wichtigste Ursache dieser Entwicklung erscheint mir eine entscheidende Diskrepanz oder Inkongruenz: nämlich die zwischen der mittlerweile entschieden transnationalen, tendenziell globalen Dynamik des Kapitalismus *einerseits* und der weiterhin primär nationalstaatlich verfassten und damit fragmentierten politisch-gesellschaftlichen Macht *andererseits*. Die Einbettung, die Zivilisierung des Kapitalismus, soweit sie überhaupt stattfand, gelang im 20. Jahrhundert vor allem mit der Durchsetzung des Sozial- und Steuerstaats, des Arbeits- und Sozialrechts sowie zivilgesellschaftlicher Bewegungen – durchweg auf der Basis und im Rahmen starker, zunehmend demokratischer Nationalstaaten. Je mehr aber der Kapitalismus über diese nationalstaatlichen Rahmungen hinausdrängt – und das tut er heute mehr als vor 50 oder 100 Jahren –, desto klarer wird, dass es an einer ähnlich grenzüberschreitenden, transnationalen, tendenziell globalen Staatlichkeit fehlt, die einer weiterhin vehementen kapitalistischen Dynamik wirklich Paroli bieten könnte. Ein ungelöstes Problem!

Ich möchte zwei der mit den jüngsten Veränderungen des Kapitalismus zusammenhängenden Problemlagen benennen, wenngleich sie sich nicht als klare Konfliktlinien niederschlagen.

Seit den 1970er Jahren hat in den meisten Gesellschaften die Vermögens- und Einkommensungleichheit zugenommen. Ihr gegenwärtiges Ausmaß ist schwer vereinbar mit demokratischen Fairness- und Gerechtigkeitserwartungen, die nicht nur unter kommentierenden Intellektuellen, sondern auch in der breiten Bevölkerung heute viel wirksamer sind als in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten. Die Erfahrung ausgeprägter und als unfair begriffener Ungleichheit delegitimiert das System und scheint überdies zum vielerorts beobachtbaren Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen beizutragen.

Historische Langzeit-Vergleiche zeigen, dass die Durchsetzung des Kapitalismus *in aller Regel* mit der Zunahme von Einkommens- und Vermögensungleichheit verbunden gewesen ist, so sehr diese auch aus anderen Quellen gespeist wurde und wird. Thomas Piketty⁵ hat dies theoretisch zu begründen versucht. Dennoch lässt sich der innere Zusammenhang von kapitalistischem Wachstum und zunehmender sozialökonomischer Ungleichheit brechen, wie es ►

4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 22 vom 21. Nov. 2016, S. 4.

5 Piketty, Th.: (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

die Entwicklung in mehreren Gesellschaften im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts zeigt, als mit den Mitteln des Interventions- und Steuerstaats dem Trend zunehmender Ungleichheit erfolgreich entgegengewirkt wurde und diese nicht weiter zunahm. Auch im letzten Jahrzehnt – seit ca. 2005 – nimmt in Deutschland die Einkommensungleichheit nicht weiter zu. Anthony Atkinson gibt in seinem Buch „Ungleichheit“ zahlreiche Hinweise auf das, „was wir dagegen tun können“.⁶ Tarifpolitik, Vollbeschäftigung und progressive Besteuerung sind die wichtigsten Stichworte, so schwer progressive Besteuerung auch durchzuhalten ist, wenn die Konkurrenz der Nationalstaaten um die Ansiedlung starker Unternehmen zu dem Hilfsmittel des Steuer-Dumping greift. Dem versucht die EU entgegenzuwirken, doch derzeit verschärft sich das Problem, wie es die letzten Ankündigungen der britischen Regierung und die Versprechen des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump – beides in Richtung der Reduzierung von Unternehmenssteuern – anzeigen.

Wenn man über das Verhältnis von Kapitalismus und Ungleichheit spricht, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die weltweite Ungleichheit zwischen den Ländern und Erdteilen zwar zwischen 1800 und der Mitte des 20. Jahrhunderts exorbitant angewachsen ist, seitdem jedoch insgesamt nicht mehr, im Gegenteil. Nach den Zahlen der Vereinten Nationen ist auch die schlimmste Armut zurückgegangen: Der Anteil der Hungernden ist von 1990 bis 2015 von 19 auf 11 % der weiterhin rasch wachsenden Weltbevölkerung zurückgedrängt worden, vor allem durch Fortschritte in Ostasien, Südostasien und Lateinamerika, viel weniger dagegen in Afrika und gar nicht im Nahen und Mittleren Osten. Gleichwohl: So sehr die Globalisierung im Inneren unserer Gesellschaften neben Chancen und Gewinnen auch Arbeitsplatzverluste und Abstiege bewirkt hat, in anderen Weltteilen, die im Zeitalter von Kolonialisierung und Imperialismus durch die Politik der ökonomisch fortgeschrittenen Länder arg benachteiligt gewesen waren, führt dieselbe Globalisierung zur Überwindung von Not und zur Zunahme von Lebenschancen. In Debatten über Kapitalismus, Globalisierung und Gerechtigkeit sollten wir dies nicht aus dem Blick verlieren.

Informalisierung und Prekarisierung: neue Arbeiterfrage global

So sehr die alte „Arbeiterfrage“ an Brisanz verloren hat und die scharfe klassengesellschaftliche Dichotomie eine Sache der Vergangenheit ist, so wichtig sind neue Probleme im Bereich der Arbeit, die aus technologisch-organisatorischen Veränderungen und letztlich aus der Zunahme des kapitalistischen Wettbewerbsdrucks resultieren. Ich meine die tendenzielle Fragmentierung der Arbeit in Raum und Zeit. Während in der Bundesrepublik 1970 die Relation zwischen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einerseits und der Summe der Teil- und Kurzzeitbeschäftigten, der befristet und geringfügig Beschäftigten etwa

5:1 betrug, verschob sich diese Relation bis 1990 auf 4:1 und bis heute auf etwa 2:1. Jeder Dritte bzw. jede Dritte arbeitet in Teilzeit, befristet, in Leiharbeit oder in einem Minijob. Die Elastizität der Erwerbsarbeit und die Fluidität der Arbeitsverhältnisse nehmen zu, die örtliche und zeitliche Fragmentierung der Arbeitsplätze schreitet voran. Die Organisation der Unternehmen nimmt stärker Netzwerkcharakter an, die Beschäftigten müssen einen größeren Teil des Risikos selbst übernehmen. Die Flexibilitätszumutungen an die Einzelnen steigen. Neue Formen der „Informalisierung“ treten auf. Partielle und oftmals prekäre Selbstständigkeit gewinnt an Bedeutung. Der Arbeitsplatz verliert seine ehemals klare Abgrenzung, löst sich bisweilen ganz auf, und das gilt selbst für zentrale Begriffe wie „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“. Die neuen digitalen Kommunikationsmittel beschleunigen diese Entwicklung, sie erlauben die Expansion der Heimarbeit. Ein neues Zeitregime entsteht in den Grauzonen zwischen Arbeits- und Freizeit, mit Teilzeit und Gleitzeit, mit neuen Freiheitschancen und neuen Abhängigkeiten. Manche dieser Veränderungen kehren Trends der letzten anderthalb Jahrhunderte um, so etwa den Langzeittrend zur Abnahme des Selbstständiganteils.

Diese Befunde sind differenziert zu beurteilen. Nicht jedes in diesem Sinn „atypische“ Beschäftigungsverhältnis ist prekär, insbesondere nicht jede Teilzeitbeschäftigung. Zweifellos enthält die Verflüssigung der Arbeitsverhältnisse auch neue Chancen, beispielsweise zur Verknüpfung von Erwerbsarbeit mit anderen Tätigkeiten, zur Verbindung von Arbeit und Freizeit, zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Auch wird man in Rechnung stellen, dass historisch, im 18., 19. und großen Teilen des 20. Jahrhunderts, das sog. „Normalarbeitsverhältnis“ alles andere als normal im Sinne von vorwiegend war – schon gar nicht für Frauen –, sondern für die meisten eher die erhoffte Norm darstellte, der man am ehesten im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts in der Wirklichkeit nahe kam. Aber diese stark marktabhängige Flexibilisierung führt oft zu großer Unsicherheit bei den Betroffenen und erschwert deren Lebensplanung. Es steht zu befürchten, dass die Flexibilisierung und Fragmentierung der Arbeitsverhältnisse zu einer Erosion der individuellen Identitäten und des sozialen Zusammenhalts führen, soweit diese auf kontinuierlicher Arbeit beruhen, wie es in den „Arbeitsgesellschaften“ des Westens seit dem 19. Jahrhundert der Fall ist. Die Bindungskraft, die sozial strukturierende, die vergesellschaftende Kraft der Arbeit hat in den vergangenen Jahren wohl abgenommen. Man wird diese Entwicklung nicht zurückdrehen können, aber neue sozialpolitische Instrumente und Schritte sind notwendig, um ihre sozialen Folgen abzufedern.

Noch dramatischer wird das Bild, wenn man über den Tellerrand der eigenen Gesellschaft und über den Westen

6 Atkinson, A. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart.

hinausblickt, auf die erst seit wenigen Jahrzehnten durchgreifend industrialisierenden Regionen des Globalen Südens. Die dort äußerst vielgestaltige abhängige Arbeit wird in der Forschung meist unter Kategorien wie „informell“ und „non-standard“ diskutiert. Gemeint sind unterschiedliche Formen von wenig geregelter, kaum kodifizierter, damit sehr ungeschützter Arbeit in wechselnden Positionen, oft in extremer Abhängigkeit, gering entlohnt und in Verknüpfung mit anderen Tätigkeiten sowie anderen Einkommensarten, schon weil man von einer allein nicht leben könnte. Zu Recht gelten diese Arten von kapitalistisch abhängiger Arbeit als höchst prekär. Sie werden von Arbeitskräften beiderlei Geschlechts – auch von vielen Kindern – geleistet, in der auf Export setzenden Land- und Konsumgüterwirtschaft und als unterschiedlichste Dienstleistungen, oftmals im Slums, unter Bedingungen ausgeprägter Unsicherheit und angesichts großer Ungleichheit. Unternehmer, Geschäfte, Fabriken – darunter viele „Ketten“ und multinationale Konzerne mit Machtzentrum im Globalen Norden – tragen durch gezieltes Outsourcing zur Vermehrung dieser prekären Arbeitsverhältnisse bei. Sie bedienen sich dieser Arbeitskräfte, oft ohne sie förmlich anzustellen, oft mit der Hilfe zwischengeschalteter Kontraktoren, Sub-Unternehmer oder Agenten, wobei gesetzliche Schutzbestimmungen, soweit sie überhaupt existieren, meist halberzig sind und häufig umgangen oder ignoriert werden. Die Kategorie dieser „informell“ Arbeitenden ist vielgestaltig, schwer abzugrenzen und quantitativ kaum zu erfassen. Grobe Schätzungen sprechen von einer Milliarde weltweit mit zunehmender Tendenz. Gelänge es, in unseren Köpfen eine wirklich globale Perspektive zu verankern, wäre die „Arbeiterfrage“, jetzt als weltweites Phänomen, sofort wieder brisant: moralisch herausfordernd, auch ein gravierendes Problem sozialer Gerechtigkeit.

Es stellt sich die Frage, ob nicht beide Fälle von Informatisierung und Prekarisierung – die in den ökonomisch entwickelten Gesellschaften des Nordens und die im Globalen Süden – stärker zusammengedacht und in ihrer Zusammengehörigkeit erforscht werden sollten. Ich denke: ja.

Kapitalismuskritik und die Erklärung des Rechtspopulismus

Kapitalismuskritik ist so alt wie der Kapitalismus selbst, zumindest in Europa. Sie hat seinen Aufstieg nicht verhindert. Aber sie hat ihn, wo sie sich mit praktischer Politik verbinden konnte, verändert, reformiert, mit menschlichen Bedürfnissen kompatibler gemacht – allerdings weder überall noch überhaupt in ausreichendem Ausmaß. Kapitalismuskritik nimmt wieder zu, vor allem in Europa. Die eine oder andere Kritik habe ich bereits genannt: die an der mit dem Kapitalismus zunehmenden Ungleichheit; die an der zunehmenden Fluidisierung und Prekarisierung von Arbeit; und die an der folgenreichen Inkongruenz von transnationalem Kapitalismus und immer noch nationalstaatlich organisierter politischer Macht.

Anderes wäre anzusprechen, so die nur allzu berechtigte Kritik an der strukturierten Verantwortungslosigkeit im deregulierten, überdehnten, sich bedrohlich verselbstständigenden Finanzkapitalismus; am Beschleunigungsdruck, der vom Kapitalismus ausgeht; am offenbar unaufhaltsamen Eindringen kapitalistischer Prinzipien in soziale, kulturelle und andere menschliche Gebiete, in denen sie, kurz gesagt, nichts zu suchen haben; an der mangelnden Nachhaltigkeit des Kapitalismus im Bezug auf Ressourcen, die er voraussetzt und braucht, aber zugleich ausschöpft und zerstört: Beispiele sind Umwelt und Klima; an neuen Spannungen zwischen Kapitalismus und Demokratie, Spannungen, die durch die zunehmende Staatsverschuldung noch weiter zunehmen.

Doch lassen Sie mich dies mit einer Warnung abschließen, mit der Warnung, nicht zu viel mit Kapitalismus erklären zu wollen und ihn nicht als ursächlich auch für solche Krisenerscheinungen einzustufen, die ganz oder zum Teil aus anderen Quellen stammen.

Mit Blick auf die neuen Rechtsparteien in den meisten Ländern Europas, auf Pegida und die ersten Wahlerfolge der AfD, nach dem Brexit und dem Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl ist unbezweifelbar, dass eine neue Frontlinie entstanden ist. Ich meine die Frontstellung eines neo-nationalistischen, globalisierungsfeindlichen, antiliberalen, fremdenfeindlichen Rechtspopulismus gegen das Establishment, gegen die mehr oder weniger liberalen bzw. liberaldemokratischen Prinzipien, Institutionen, Medien und Resultate der etablierten Politik, eine Frontstellung, die, wie neuere Studien zeigen, vermutlich noch weit mehr Sympathie in der Bevölkerung findet als bisher in Erscheinung tritt.

Es gibt eine einflussreiche Argumentation, die diesen anschwellenden Rechtspopulismus als eine Folge sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Vorteile und Nachteile, der Gewinne und Verluste des Kapitalismus und der mit ihm zusammenhängenden Globalisierung versteht. In dieser Sicht sind es vor allem die sozialökonomisch zu kurz gekommenen, die „Abgehängten“, die Verlierer, die Brexit und Trump unterstützten und AfD wählen. Dies ist nicht falsch, man denke an die Trump in großer Zahl zulaufenden arbeitslosen Stahlarbeiter im globalisierungsbedingt deindustrialisierenden Mittelwesten der USA.

Aber hört man auf das, was die Rechtspopulisten sagen, dann machen sozialökonomische Klagen und Ängste nur eine Dimension unter mehreren aus. Prüft man sozialstatistisch die Wählerschaft von AfD, Brexit und Trump, dann zeigt sich, dass auch sehr viele sozial Gesicherte, ja Wohlhabende den Rechtspopulismus tragen, der sich insofern nicht nur und nicht primär als eine Reaktion der durch Kapitalismus und Globalisierung abgehängten Verlierer erweist, sondern als ein weit darüber hinausgreifendes Phänomen, für das weniger Klassenkampf als vielmehr Kulturkampf zentral ist – mit der Ablehnung von Fremdem, der sich abschottenden Verteidigung eigener partikularer Identität, mit ausgeprägter Entfremdung von einem überfor- ►

dernden Politik- und Medienbetrieb und mit tiefer Enttäuschung von der Politik, einer Enttäuschung, die mindestens so sehr aus der Überspannung der Erwartungen resultiert wie aus der mangelnden Leistungsfähigkeit der Politik.

Die Erklärung ist schwierig, sie muss multidimensional sein, darf nicht auf den Kapitalismus und seine Krisen als Ursachen verengt werden. Dies ist wichtig, wenn man der gefährlichen Herausforderung, die der gegenwärtige Populismus darstellt, richtig begegnen will. Diese neue Konfliktlinie wird uns nicht nur praktisch-politisch, sie muss uns auch wissenschaftlich-analytisch intensiv beschäftigen.

Pflichten und Möglichkeiten der Sozialwissenschaften

Und das bringt mich zu einigen sehr kurzen abschließenden Bemerkungen. Was können und was sollten im Hinblick auf die geschilderten Probleme Sozialwissenschaftler leisten?

(1) Sie können und sollen Wissen bereitstellen, um es den politisch Verantwortlichen und der sie beeinflussenden Öffentlichkeit zu ermöglichen, angemessen zu entscheiden und effektiv zu handeln. Im Hinblick auf das heutige Thema geht es beispielsweise um die genaue Durchleuchtung der stattfindenden Informalisierung von Arbeit und um die Entwicklung sozialpolitischer Arrangements zum Zweck ihrer sozialen Abfederung. Oder es geht um die genaue Beschreibung von Ungleichheit in ihren unterschiedlichen Dimensionen und ihrer Entwicklung in der Zeit sowie um die Suche nach Möglichkeiten ihrer Begrenzung – die es gibt. Oder es geht um die genaue Analyse der sozialen Basis und der treibenden Motive des gegenwärtigen Rechtspopulismus, beispielsweise um die Rolle von Arbeitnehmern dabei. Ich habe den Eindruck, dass man diese Aufgaben dem WSI nicht nahebringen muss, es ist – im Rahmen seiner Möglichkeiten – auf diesen Gebieten längst effektiv unterwegs.

(2) Auf einer etwas abstrakteren Ebene möchte ich eine Lanze für transnationale und historisch informierte Zugriffe brechen. Ein roter Faden meiner Ausführungen sollte der grenzüberschreitende, transnationale, tendenziell globale Charakter des heutigen Kapitalismus und einiger von ihm generierter Probleme sein. Politisch folgt daraus gerade nicht, dass wir uns defensiv auf den Nationalstaat zurückwenden und dort Demokratie zu praktizieren versuchen, sondern dass wir, beispielsweise im Hinblick auf EU-Europa, das verteidigen und ausbauen, was wir an transnationalen politischen Regelungen schon haben. Die deutsche Politik kann in dieser Hinsicht mehr tun als bisher. Methodisch folgt daraus natürlich nicht die flächendeckende Erforschung der ganzen Welt, aber doch das Ernstnehmen transnationaler, globaler Perspektiven, der Blick über den nationalgesellschaftlichen Tellerrand hinaus, der Mut zum breit angelegten Vergleich hier und dort, der Sinn für weiträumige Verflechtungen,

die mittlerweile so vieles prägen. Und man wird nur dann wirklich begreifen, was gerade geschieht, wenn man gegenwärtige Phänomene als Momente, als Elemente langfristiger Veränderungsprozesse begreift und vor intertemporalen Vergleichen nicht zurückschreckt, also historisch arbeitet. Es liegt beim WSI, zu entscheiden, ob es beides – den transnationalen Blick und den historischen Zugriff – in hinreichendem Maße schon praktiziert. Dem äußeren Beobachter fällt seine Abstinenz gegenüber historischen Zugriffen auf.

(3) Schließlich zum Bezug auf die außerwissenschaftliche Welt. Zu den Aufgaben gehören Information, Kritik und Aufklärung aus wissenschaftlicher Perspektive: ein riesiges, viel diskutiertes Thema, das jetzt nicht mehr aufzunehmen ist. Ich beschränke mich auf zwei Gedankensplitter in diesem Zusammenhang: Die Entwicklung der immer einflussreicheren, unsere Wirklichkeitssicht durchdringenden Medien – einschließlich der neuen – hat die Neigung zur Dramatisierung und Skandalisierung in öffentlichen Debatten verstärkt, die Neigung zum „hype“, den Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit mit schrillen Tönen, zur scharfen Zuspitzung überhaupt und damit häufig zur Einseitigkeit. Wir sollten – als Wissenschaftler – dagegenhalten und uns für nüchterne, ausgewogene Darstellung zuständig erachten, mit Sinn für Proportionen. Auch wenn man damit die nächste Schlagzeile verpasst.

Über den Effekt dieser Arbeit sollten wir uns keine Illusionen machen. Will man uns zuhören? Die neuen Rechtspopulisten sind ja geradezu stolz darauf, kein spezialisiertes Wissen zu haben oder zu wünschen. Sie verachten Expertise und verschmähen auch das intellektuelle Establishment, zu dem wir gehören. Aber auch gegenüber der nicht populistisch verbohrtten Öffentlichkeit erscheint einem die sozialwissenschaftlich basierte Information und Aufklärung oft wie eine Sisypusarbeit.

Umso wichtiger ist das WSI. Die in ihm arbeitenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können mit Genugtuung wahrnehmen, dass ihre Ergebnisse gewünscht und zur Kenntnis genommen werden. Die gebotene Nähe zu den Gewerkschaften ist auch insofern eher Chance als Fessel. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch für die kommenden Jahrzehnte gilt. ■

AUTOR

JÜRGEN KOCKA, Prof. Dr., ist Sozialhistoriker, emeritierter Professor der Freien Universität Berlin und Permanent Fellow des Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“ (Re:work) der Humboldt Universität zu Berlin.

@ kocka@wzb.eu